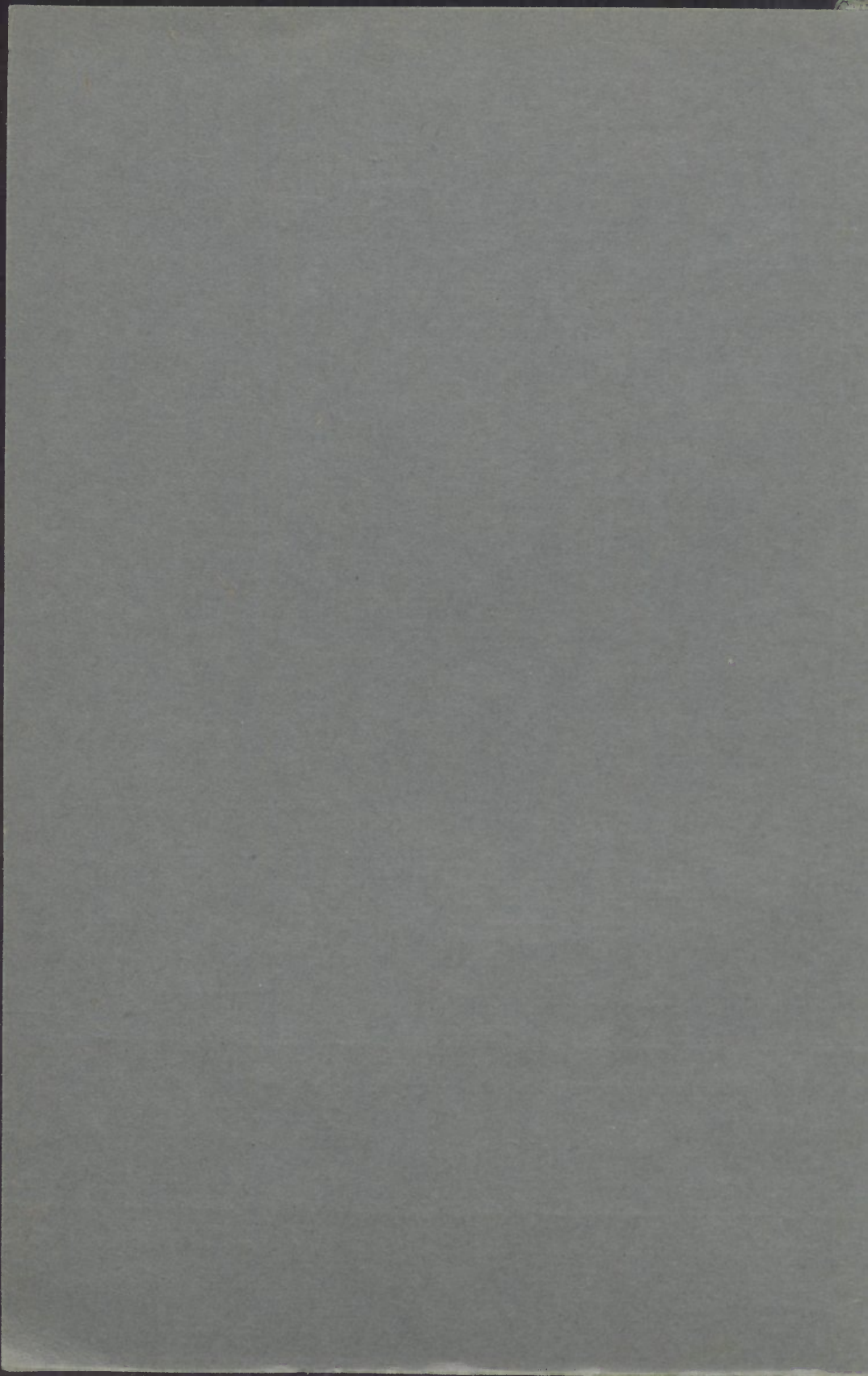


**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**B 15748**





Separat-Abdruck Nr. 6 aus dem Deutschen Reichs-Anzeiger.  
1877.

**Deutsches Reich.**

Antrag Preussens beim Bundesrath,  
betreffend die  
**Reform der Aktiengesetzgebung**  
nebst  
der denselben motivirenden Denkschrift.



Berlin, 1877.

Carl Seymann's Verlag.



De

Separat-Abdruck Nr. 6 aus dem Deutschen Reichs-Anzeiger.  
1877.

---

Deutsches Reich.

---

Antrag Preussens beim Bundesrath,

betreffend die

Reform der Aktiengesetzgebung

nebst

der denselben motivirenden Denkschrift.



Berlin, 1877.

Carl Seymann's Verlag.





Unter dem 27. März 1873 brachte der Abgeordnete Lasker im Reichstag eine Interpellation folgenden Inhalts ein:

1. Sind die Mißbräuche, welche im Zusammenhange mit dem jetzigen Zustande und der üblichen Handhabung der Gesetze über das Aktienwesen bei der Gründung und Verwaltung von Aktiengesellschaften obwalten und zur Schädigung der Interessen des Publikums gereichen, zur Kenntniß der Reichsregierung gekommen?
2. Gedenkt die Reichsregierung den Uebelständen Abhülfe zu verschaffen? Beabsichtigt sie zu diesem Zwecke eine Abänderung der jetzt bestehenden Gesetze herbeizuführen und dem Reichstag hierüber eine Vorlage zu machen?

Die Reichsregierung erkannte die bemerkenswerthen Uebelstände an, welche auf dem Gebiete des Aktienwesens hervorgetreten waren und richtete an die einzelnen Bundesregierungen das Ersuchen um Mittheilung ihrer Ansichten sowohl über die hervorgetretenen Mißstände, als in Beziehung auf die Richtung, in welcher Abhülfe zu gewähren sei. Als diese Aeußerungen vorlagen, waren inzwischen die Einleitungen zur Ausarbeitung eines Deutschen Civilgesetzbuchs, welche sich auch auf eine allgemeine Revision des Handelsgesetzbuchs und der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Aktiengesellschaften zu erstrecken hat, getroffen. Die sich aus dieser Sachlage ergebende Frage: ob die wegen eventueller Aenderung des Aktienrechts eingeleiteten Verhandlungen bis zur allgemeinen Revision des Handelsgesetzbuchs zu sistiren seien, wurde in der Sitzung des



Bundesraths vom 22. Juni 1874 bejaht. Man ging von der Ansicht aus, daß, so sehr der Gegenstand der Aufmerksamkeit werth sei, so wenig es gerathen scheine, sofort mit besonderen gesetzlichen Maßregeln einzuschreiten. Die eingetretenen schlimmen Folgen seien nicht mehr rückgängig zu machen und nach der hoffentlich in der Hauptsache überstandenen Krisis sei die Lage im Augenblick nicht der Art, daß rasche Maßregeln nöthig wären. Es könne sich ohnehin nicht empfehlen, gerade unter dem Eindrucke einer überstandenen Kalamität ein gesetzgeberisches Werk zu unternehmen.

Inzwischen hat in Preußen das Haus der Abgeordneten in der Sitzung vom 29. März d. J. bei Gelegenheit der Verathung über den Bericht der Spezialkommission zur Untersuchung des Eisenbahnkonzessionswesens eine Aufforderung an die Staatsregierung gerichtet, dahin zu wirken, daß die Reform der Gesetze über das Aktienwesen im Sinne

- a) eines besseren Schutzes aller im öffentlichen Interesse gegebenen Gesetzesvorschriften,
- b) der verstärkten Verantwortlichkeit aller bei Gründung, Leitung und Beaufsichtigung des Unternehmens betheiligten Personen,
- c) einer selbständigeren und wirksameren Kontrolle über die Verwaltung,
- d) der leichteren Verfolgbarkeit der Uebertretungen der im öffentlichen Interesse gegebenen Vorschriften

durch die Reichsgesetzgebung baldigst in Angriff genommen werde.

In der That ist die Sachlage gegenwärtig eine andere, als zur Zeit des Beschlusses des Bundesraths vom 22. Juni 1874. Seit diesem Beschlusse hat ein Zeitablauf von mehr als zwei Jahren eine Minderung der einer gesetzgeberischen Thätigkeit nicht günstigen Aufregung der öffentlichen Meinung herbeigeführt und, namentlich auch in Folge der durch die Rechtsprechung auf dem Gebiet sowohl des bürgerlichen Rechts wie

des Strafrechts gewonnenen Ergebnisse, in mehrfachen Beziehungen eine Klärung der Anschauungen vorbereitet. Wenn andererseits noch für die nächste Zukunft der Druck, welcher einen freieren Aufschwung des wirthschaftlichen Verkehrs zur Zeit darniederhält, das Bedürfnis einer Reform minder dringlich erscheinen lassen mag, so hat man doch nicht nur auf die Möglichkeit sich gefaßt zu halten, sondern man darf es wohl auch mit einiger Zuversicht erwarten, daß dieser Zustand nicht allzu lange mehr fortbestehen wird. Die verschiedenen Nationen haben den Prozeß des Mißtrauens durchgemacht und die Krisis geht vielleicht schon bald ihrer letzten Abwicklung entgegen. Geht sich aber früher oder später der Unternehmungsgeist wieder, so wird auch zu den früheren oder ähnlichen Ausschreitungen neue Versuchung und neue Gelegenheit gegeben sein. Hiergegen aber die erforderlichen Schranken und Garantien aufzurichten, soweit dies mittelst Gesetzes überhaupt möglich ist, wird nicht erst dem Augenblick überlassen werden dürfen, in welchem die Wendung sich vollzieht und die neuen Bestimmungen sich praktisch wirksam erweisen sollen. Geschehe dies, so würde die öffentliche Meinung die Uebelstände, welche bei einem Ausleben des Verkehrs auf dem Gebiete des Aktienwesens sich wiederholen oder neu auftreten mögen, im weitesten Umfange der Unterlassung zur Last legen und für diese in erster Linie die Regierungen verantwortlich machen.

Sinzu kommt, daß für das Zustandekommen eines deutschen Civilgesetzbuchs und der damit verbundenen Revision des Handelsgesetzbuchs ein längerer, mit zehn Jahren vielleicht nicht zu weit bemessener Zeitraum in Aussicht zu nehmen ist. Daß hier zwischen wieder Verhältnisse eintreten werden, welche das Bedürfnis nach einer Reform der Aktiengesetzgebung nicht abweisen lassen, ist mit Bestimmtheit anzunehmen. Die gebührende Rücksicht auf die formelle Lage der weitergreifenden Verhandlungen über die Revision des Handelsgesetzbuchs wird in der Weise möglich und empfehlenswerth sein, daß sich das Zwischengesetz nur die Aufgabe stellt, einer Wiederkehr der Ausschreitungen bei



der Gründung, der Verwaltung und dem geschäftlichen Betriebe von Aktienunternehmungen thunlichst entgegenzuwirken. Ein solches Gesetz wird der anderweiten definitiven Regelung nicht in unerwünschter Weise vorgreifen und die freie Bewegung des Gesetzgebers bei Gelegenheit der allgemeinen Revision nicht beeinträchtigen. Es wird keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten, das Zwischengesetz in der Art anzulegen, daß der größte Theil desselben prinzipiell unverändert auch in das revidirte Handelsgesetzbuch übergehen kann und daß, soweit dies dennoch nicht erreichbar wäre, aus dem Wechsel der Gesetzgebung und den Abweichungen dem Verkehre keine wesentlichen Nachteile oder Belästigungen erwachsen. Ein solcher Wechsel, der auch in andern Ländern, namentlich in Frankreich und England, stattgefunden hat, erklärt sich aus den Schwierigkeiten, welche die Natur des Gegenstandes bietet und aus der besonderen Natur des Systems der Normativbestimmungen überhaupt. Erst durch die Erfahrungen, welche sich aus der praktischen Handhabung solcher Gesetze ergeben, wird die Grenzlinie zwischen einem Zuwenig und Zuviel allmählig in befriedigender Weise klargelegt. Insofern wird ein Eingehen auf ein Zwischengesetz den allgemeinen Revisionsarbeiten nur förderlich und willkommen sein können.

Der Bundesrath wolle daher seine Zustimmung ertheilen: daß unabhängig von der Revision des Handelsgesetzbuchs und unbeschadet der mit dieser demnächst zu verbindenden generellen Revision des gesammten Handelsgesellschaftsrechts ein Zwischengesetz erlassen werde, welches einer Wiederkehr der Ausschreitungen bei der Gründung, der Verwaltung und dem geschäftlichen Betriebe von Aktienunternehmungen thunlichst entgegenzuwirken geeignet erscheint.

Diejenigen Punkte, auf welche sich eine in den bezeichneten Grenzen gehaltene Reform vorzugsweise zu erstrecken haben möchte, sind in der beiliegenden Denkschrift zusammengestellt. Selbstverständlich soll dadurch weiteren Erwägungen nicht vor-

gegriffen werden. Auf eine genauere Feststellung der angeregten Punkte hat für jetzt verzichtet werden müssen. Aus Anlaß der im Jahre 1873 gegebenen Anregung sind dem Herrn Reichskanzler auch seitens anderer Landesregierungen ausführliche Neußerungen zugegangen, welche in Betracht gezogen werden müssen, ehe die aufgeworfenen Fragen zum Abschluß gebracht und zu formulirten Gesetzesbestimmungen gestaltet werden können. Vorläufig kam es darauf an, aus dem seitens der preussischen Regierung gesammelten Material bestimmte Gesichtspunkte abzuleiten und für die weiteren Verathungen als beachtenswerth zu bezeichnen.

---



## Denkschrift.

---

I. Vornehmlich wird dem sogenannten Gründungsweisen mit den der Gesetzgebung zu Gebote stehenden Mitteln thunlichst entgegenzutreten sein. Die Hauptquelle der meisten Uebelstände besteht auf diesem Gebiete darin, daß diejenigen Personen, welche den ersten Keim zu einem projektirten Aktienunternehmen legen und die Entwicklung desselben thatsächlich leiten, bis durch den Abschluß der sämtlichen Vorverhandlungen die formale äußere Lebensfähigkeit hergestellt ist, hierbei — unbekümmert um die wirtschaftliche Berechtigung und das spätere Schicksal des Unternehmens — von keinem anderen Motive, als dem der Sicherung des eigenen Gründerlohnes und der Abwendung jeder weiteren Verantwortlichkeit sich leiten lassen. Das Unternehmen der sogenannten Gründer wird nicht von der Ueberzeugung und der Absicht getragen, einem bestehenden dauernden Verkehrsbedürfniß entgegenzukommen; ihnen dient vielmehr die Gründung nur als ein Mittel zur Realisirung des Gründergewinns und geben sie das Unternehmen selbst, sobald dieser Zweck erreicht ist, je eher, je lieber preis. Daneben scheinen vorzugsweise die Formen und die Mittel und Wege, welche zu einer verstreckten oder sonst mißbräuchlichen Liquidirung des Gründerlohnes benutzt werden, Aufmerksamkeit zu verdienen.

1. In ersterer Beziehung kommt zunächst eine Abänderung des Art. 222 des allgemeinen Handelsgesetzbuchs (Gesetz vom 11. Juni 1870 §. 1) in Frage. Für den daselbst vorgesehenen regelmäßigen Fall, daß die Aktien auf Inhaber gestellt werden, verpflichtet der Art. 222 den Primitivzeichner nur

in Höhe von 40 Prozent oder gar 25 Prozent des Nominalbetrages der Aktie dergestalt unbedingt, daß derselbe von der Verpflichtung weder durch Uebertragung seines Anrechts auf einen Dritten sich befreien, noch seitens der Gesellschaft entbunden werden kann, während im übrigen dem Gesellschaftsvertrage die Bestimmung vorbehalten ist, daß nach Einzahlung 40 oder 25 Prozent der Zeichner von der Haftung für weitere Einzahlungen befreit werden und im Falle der eingetretenen Befreiung auch die bis dahin nicht gestattete Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Promessen oder Interimscheinen erfolgen darf. Die Statuten machen regelmäßig von diesem Vorbehalt Gebrauch und die dazu berufenen Gesellschaftsorgane unterlassen ebensowenig, die Befreiung, sobald sie zulässig ist, eintreten zu lassen. Diese nahe und sichere Aussicht auf eine über die Hälfte der übernommenen Verpflichtung hinausreichende Befreiung befördert auf das bedenklichste die Leichtfertigkeit in der Gründung neuer Unternehmungen und insbesondere in der Zeichnung neu aufgelegter Aktien. Auch lehrt die Erfahrung, daß die Börse gerade an die leichte Waare dieser massenhaften, nicht voll gezahlten sogenannten „liberirten“ Aktien bei hochgegriffenen und nicht zur Verwendung gelangenden Grundkapitalien die verderblichste Agiotage anknüpft. Es steht zu erwarten, daß eine zunächst dem Umfange, indirekt aber auch der Zeit nach erweiterte Haftung der Primitivzeichner zu einer gründlicheren, vorsichtigeren Prüfung nicht nur der Grundlagen und der Zukunft des Unternehmens, sondern auch der Solvenz und der Solidität der Zeichner Veranlassung geben wird.

Daneben treten Bedenken, welche sich aus der streng rechtlichen Seite der Sache ergeben. — Die Entlassung erfolgt nach Art. 222 ohne Rücksicht darauf, ob der bisher Verpflichtete aufhört, Aktionär zu sein und ob ein Nachfolger desselben mit den aus der Zeichnung entstandenen Rechten auch die aus denselben entsprungenen Verpflichtungen übernimmt. Es kann dahingestellt bleiben, ob sie eine Herabsetzung des Grundkapitals enthält oder nicht; die Beantwortung dieser Frage kann nach den Umständen des Falles verschieden ausfallen. In jedem Falle ent-



hält die Entlassung eine Beeinträchtigung des Grundkapitals, welche durch die wirkliche Einzahlung des gezeichneten Betrages von Seiten des Inhabers des Interimscheins zwar wieder ausgeglichen werden kann, aber, wenn dies nicht geschieht, erst aus etwaigen Ueberschüssen der Verwaltung eine Ausgleichung erwarten darf. Die Entlassung des Zeichners kann daher in ihrer Wirkung der Herabsetzung des Grundkapitals gleichstehen und gefährdet wie diese die Rechte der Gläubiger der Gesellschaft. Sie steht außerdem mit dem Inhalt des Handelsregisters und mit der Eintragung der Gesellschaft in dasselbe überhaupt im Widerspruch, da sie mindestens die Zeichnung des Aktienkapitals aufhebt, welche Voraussetzung der Eintragung ist. Daß die Möglichkeit der Entlassung gemäß Art. 222 in dem Gesellschaftsvertrage vorgesehen ist, steht dieser Auffassung nicht im Wege, da die Entlassung, als Herabsetzung des Grundkapitals gedacht, sich durch jenen Vorbehalt von anderen Aenderungen des Gesellschaftsvertrages nur in den Voraussetzungen, aber nicht in den Wirkungen unterscheidet, bei anderer Auffassung aber der Widerspruch mit den Voraussetzungen der Existenz der Gesellschaft durch die Offenlegung desselben nicht gehoben wird. — Allerdings ist der Vorschlag einer entsprechenden Aenderung des Gesetzes — zumal bei den im Jahre 1873 gehörten Handelskammern — bereits manchem Widerspruch begegnet. In den betheiligten Kreisen ist man wenig geneigt, oft auch nicht in der Lage, auf so weit aussehende, in Beziehung auf den Fälligkeitstermin unbestimmte Verbindlichkeiten einzugehen, wie sie die empfohlene Bestimmung in vielen Fällen mit sich bringen würde.

Wird ferner, wie dies in der Konsequenz des Vorschlages liegt, die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Promessen und Interimscheinen verboten, so tritt eine Erschwerung der Uebertragbarkeit hinzu, welcher der Verkehr ebenfalls nur unwillig sich fügen wird. Für durchgreifend werden indeß diese Bedenken gleichwohl ebensowenig, wie der fernere Einwand zu crachten sein, daß der dem Inhaber im Falle der Nichteinzahlung der späteren Raten gegenwärtig drohende Verlust der geleisteten Partialzahlungen und der Anrechte aus der Zeichnung als eine



mindestens ebenso wirksame Bürgschaft angesehen werden müsse, wie die Vollhaftung des ersten Zeichners, wenn man die Möglichkeit eines über diesen in der Zwischenzeit hereindrehenden Vermögensverfalles mit in Anschlag bringe. Der letztere Einwand berührt überhaupt nicht die zunächst nur gegen leichtfertige Gründungen und Aktienzeichnungen gerichteten Intentionen des Vorschlages. Von jenen beiden Verkehrser schwerungen aber wird die erste zum Theil mittelst besonderer zwischen dem Zeichner und dessen Rechtsnachfolger zu vereinbarenden Bedingungen der Uebertragung abgewendet werden können; die Entlassung ist auch jetzt nur als eine demnächst erfolgende zulässig, es muß also die Verpflichtung zur Zahlung von vornherein übernommen werden und andererseits steht nichts im Wege, die Zahlungstermine fest und kurz zu bestimmen. — Im übrigen darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß das Prinzip der Vollhaftung des Primitivzeichners in mehreren auswärtigen Staaten bereits gesetzliche Anerkennung gefunden hat, ohne, so viel bekannt, den Verkehr geschädigt zu haben. Es gilt dies insbesondere von Holland, England, Amerika und Belgien, während man allerdings in Frankreich (Gesetz vom 23. Juni 1863 und vom 24. Juli 1867 Art. 3, 24) für geboten erachtet hat, jenes früher dort ebenfalls anerkannte Prinzip demnächst wieder aufzugeben, ohne indeß dabei die Befreiung des ersten Zeichners in dem Umfange zuzulassen, welchen das allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch statuirt. Soweit, wie das letztere, ist hierin wohl überhaupt keine andere Gesetzgebung gegangen. Auch das preussische Gesetz vom 3. November 1838 (§. 2) enthielt engere Bestimmungen.

In Frage könnte endlich kommen, ob nicht im Zusammenhange mit der Aenderung des Art. 222 auch für den im Art. 223 vorgesehenen Fall, daß die Aktien auf Namen lauten, abweichende Bestimmungen zu treffen sein werden. In dieser Beziehung gelten jedoch überhaupt andere Grundsätze und namentlich scheint ein hinlänglicher Schutz schon in der Schlussbestimmung des Art. 223 zu liegen, wonach der ausscheidende Aktionär



noch ein Jahr lang in Höhe des Rückstandes subsidiarisch verhaftet bleibt.

Hiernach würde

eine Verschärfung der unbedingten Haftung der Primativzeichner von Inhaberaktien dahin in Frage kommen, daß dieselben für die volle Summe des gezeichneten Nominalbetrages verhaftet sind, und damit die Zulässigkeit der Ausstellung von Interimsscheinen auf den Inhaber in Wegfall zu bringen wäre.

Die Entlassung der Zeichner würde nur etwa unter gleichen Voraussetzungen erfolgen dürfen, wie die Herabsetzung und Rückzahlung des Grundkapitals (Art. 248). Auch in diesem Falle werden die mit einem geringeren Nominalbetrage auszugebenden Aktien mindestens die im Art. 207 a vorgeschriebene Minimalhöhe behalten müssen.

2. Nicht selten ist in die Statuten der Vorbehalt aufgenommen, daß bei demnächst stattfindender Ausgabe neuer — sogenannter junger — Aktien die ersten Zeichner oder auch nur allein die Gründer einen beträchtlichen Theil, wenigstens die Hälfte al pari vorweg zu übernehmen berechtigt sind, gleichviel ob sie alsdann noch die zuerst gezeichneten Aktien besitzen oder nicht. Es sind dann noch, bevor die alten Aktien voll eingezahlt worden, weitere Emissionen herbeigeführt, über die in der Regel allein der Aufsichtsrath zu beschließen hat. Es ist hervorgehoben, daß hierbei die Absicht wesentlich dahin gerichtet gewesen sei, auf diese Weise einen Theil des Gründergewinns zu realisiren, daß zu diesem Behufe das Aktienkapital anfänglich absichtlich niedrig bemessen und demnächst die Kurse der alten Aktien zeitweise künstlich in die Höhe geschraubt worden. Dies hat die von vielen Organen des Handelsstandes unterstützte Erwägung nahe gelegt, ob nicht derartige Manipulationen in Zukunft durch ein gesetzliches Verbot überhaupt auszuschließen sein möchten. Dem ist entgegengehalten, daß es Fälle gebe, in denen eine alsbaldige Erhöhung des Grundkapitals gerechtfertigt wäre, z. B. wenn schon während der Bauzeit bei günstiger Lage

des Marktes das Grundkapital als zu niedrig gegriffen sich erweist, und daß es an sich nicht ungerechtfertigt sei, denjenigen, welche durch ihr Geschick, ihre Bemühungen und Aufwendungen ein Unternehmen ins Leben rufen, besondere Vortheile neben den nach Verhältniß ihrer Aktienbetheiligung zustehenden zu gewähren. Sei dies richtig, dann scheine es ferner weit angemessener, die Gewährung dieser Vortheile von einer günstigen Entwicklung des Unternehmens abhängig zu machen, als dieselben von vornherein zu fixiren, und richtiger, sie durch weitere Betheiligung an dem Unternehmen zu gewähren, als durch eine aus dem Grundkapital zu entnehmende Summe. Die Haftung des Zeichners für den ganzen gezeichneten Betrag stehe an sich schon der allzuleichtfertigen Benutzung des Vorbehalts hindernd im Wege. Außerdem aber scheine es richtiger, dem Mißbrauch dadurch entgegenzutreten, daß die Erhöhung des Grundkapitals dem einseitigen Einflusse der Betheiligten entzogen werde. Es kommen hierbei die unbedingte Uebertragung gewisser Geschäfte an die Generalversammlung der Aktionäre und die allgemeine Ausschließung aller für sich Interessirten von den Beschlußfassungen der Generalversammlung in Frage, auf welche weiter unten zurückgekommen wird.

Einverständnis besteht darüber, daß ein Verbot, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, bevor das zuerst bestimmte Aktienkapital voll eingezahlt worden, auf Versicherungsgesellschaften nicht auszudehnen sein würde, da diese einen Theil des Aktienbetrages, für welchen Wechsel hinterlegt werden, nur als Garantiekapital behandeln. Inwieweit im übrigen zu den in Vorschlag gebrachten Verbotsbestimmungen zu schreiten sein möchte, wird der näheren Prüfung anheimgestellt.

3. Für diejenigen Unternehmungen, bei welchen die Gründer darauf angewiesen sind, den beabsichtigten Gewinn, wenn nicht ausschließlich, doch zunächst und vorzugsweise mittelst Ausbringung der Aktien über pari zu realisiren, sind weitere gegen Mißbrauch und Ausschreitungen bei Gründungen gerichtete Vorschläge nicht zu machen. Einen über jene Grenze erheblich hinausgehenden Emissionskurs zu bewilligen, ist das Publikum im all-



gemeinen wenig geneigt. Vor allem aber — und das dürfte entscheidend sein — liegt in der Bestimmung eines solchen Kurses die Nöthigung, mit dem Verlangen des Gründergewinnes und mit dem projektirten Umfange desselben von vornherein unumwunden hervorzutreten. Will das Publikum mit dem vollen Bewußtsein von der ihm zu Gunsten der Gründer angesonnenen Leistung dennoch auf die Offerte eingehen, so hat die Gesetzgebung so wenig die Macht wie den Beruf, dem zu wehren.

Auf weitere Mittel der Abwehr wird erst für diejenigen Fälle Bedacht genommen werden müssen, wenn:

entweder nicht in baarem Gelde bestehende, auf das Grundkapital anzurechnende Einlagen — sogen.

Apports — von einem Aktionär gemacht werden — oder Anlagen oder sonstige Vermögensstücke von der zu errichtenden Gesellschaft übernommen werden sollen —

oder zu Gunsten eines Aktionärs ein besonderer Vortheil bedungen wird.

(Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch Artikel 209 b.)

Die größere Gefahr liegt hier darin, daß diese besonderen Stipulationen die mannigfaltigste Gelegenheit bieten, den Gründergewinn — in des Wortes weitester Bedeutung — bis in das Ungemessene zu steigern und namentlich ihn dem Publikum gegenüber zu verschleiern. Erfahrungsmäßig knüpfen sich denn auch erst an diese Fälle, welche als die der „qualificirten“ Gründungen bezeichnet werden können, die weitaus gefährlichsten Operationen der Gründer. Notorisch sind, um nur einige der nächstliegenden Fälle als illustrirende Beispiele zu erwähnen, die maßlosen Uebervortheilungen, welche das Publikum von Seiten der Gründer bei der Umwandlung bestehender Einzelunternehmungen — besonders Fabriken — in die Form der Aktiengesellschaft erfahren hat; nicht minder notorisch die bis zu dem Doppelten und Dreifachen des wahren Werthes künstlich hinaufgeschraubten Summen, zu welchen besonders Grundstücke von Bau- und anderen Aktiengesellschaften zum unabwendbaren Ruin der Aktionäre übernommen oder in Anrechnung auf das Grundkapital

eingebraucht sind. Es wäre nicht gerecht, für diese Vorgänge, in denen ein gleich schwerer Mißstand in wirthschaftlicher, wie in sozialer Beziehung zu erblicken ist, allein die Gründer verantwortlich machen zu wollen. Das Publikum kam ihnen auf halbem Wege entgegen und die Motive waren auf seiner Seite sittlich kaum minder verwerflich, wie auf Seiten der Gründer.

Die Gesetzgebung kann indeß direkt nur den letzteren, von welchen als Differenten die Initiative ausgeht, entgegentreten — und zwar wird die Aufgabe darin zu bestehen haben, daß dem Publikum möglichst umfassende, sichere und rechtzeitige Gelegenheit gegeben wird, die wesentlichen Grundlagen des Unternehmens, vor allem den gesammten wirklichen Inhalt jener besonderen Stipulationen — einschließlich der den Gründergewinn betreffenden Bedingungen — kennen zu lernen, und über den wahren Werth der Proposition sich schlüssig zu machen.

Bei den Vorgängen in den Jahren 1872/73 ist regelmäßig der wahre Sachverhalt in ein gewisses Dunkel gehüllt, welches zum großen Schaden der Betheiligten sich später aufklärte, ohne daß in allen Fällen oder auch nur regelmäßig eine absichtliche Täuschung sich nachweisen läßt. Die nach §. 209 b. erforderlichen Beschlüsse der Generalversammlung haben ihren Zweck nicht erfüllt. Sie sind ohne Werth, wenn die Generalversammlung die nöthige thatsächliche Aufklärung nicht erhält, und überflüssig, wenn diese Aufklärung den Zeichnern der Aktien rechtzeitig gegeben ist. Daß eine Generalversammlung die Genehmigung des Vertrags versagt habe, ist wohl in keinem Falle vorgekommen.

Wie die hiernach erforderliche bessere Aufklärung der Thatfachen zu gewinnen ist, dafür lassen sich verschiedene im einzelnen und in der Formulirung genau abzuwägende Vorschriften denken. Unter anderm ist in Vorschlag gekommen:

- a) An Stelle des schwankenden vieldeutigen Begriffs des Gründers wäre ein greifbarer, verantwortlicher Faktor zu stellen und zu bestimmen, daß in den Fällen der qualifizirten Gründung der Gesellschaftsvertrag von mindestens sieben Personen, welche auch bei Betheili-



gung mehrerer als Gründer allein verantwortlich zu machen wären, geschlossen werden müsse.

- b) Alle für die Beurtheilung der Grundlagen, des Vermögensbestandes und der Gewinnaussichten des Unternehmens wesentlichen Vereinbarungen, alle für etwaige Werthangaben maßgebenden thatsächlichen Unterlagen und alle direkt oder indirekt für Rechnung des Unternehmens irgend einem Betheiligten zugestandenem Leistungen, insoweit sie auf Uebernahme von Vermögensstücken oder Bevorzugung einzelner Aktionäre sich beziehen oder hiermit im Zusammenhange stehen, wären dreimal in Intervallen von etwa je acht Tagen unter der Namensunterschrift sämmtlicher Gründer durch diejenigen öffentlichen Blätter bekannt zu machen, welche in dem Gerichtsbezirke des demnächstigen Gesellschafts-sitzes zu den im Art. 13 des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs vorgeschriebenen Bekanntmachungen benutzt werden.
- c) Bevor dies geschehen, dürfte weder von irgend einer anderen Seite eine Aufforderung zur Betheiligung bei dem Unternehmen an das Publikum gerichtet, noch die im Abs. 2 des Art. 209 b. vorgeschriebene Generalversammlung abgehalten, noch der Gesellschaftsvertrag in das Handelsregister eingetragen werden.
- Auch hätten alle späteren öffentlichen Aufforderungen zur Betheiligung an dem Unternehmen, sowie die Einladungen zu jener Generalversammlung diejenigen öffentlichen Blätter speziell zu bezeichnen, welche den obligatorischen Prospekt (b.) enthalten.
- d) In den gemäß Art. 210 des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs zu veröffentlichenden Auszug aus dem Gesellschaftsvertrage wäre zugleich der in letzterem angegebene Werth der Apports und der zu übernehmenden Vermögensstücke, sowie die Zahl der Aktien und der Preis, welche für dieselben gewährt werden, des-

gleichen jeder zu Gunsten eines Aktionärs bedungene besondere Vortheil aufzunehmen.

- e) Ein gleichartiger Prospekt (b.) hätte unter der Namensunterschrift und Verantwortlichkeit sämtlicher Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsraths zu ergehen, wenn binnen Jahresfrist nach der Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister Vermögensstücke übernommen werden sollen.
- f) Die Unterzeichner der obligatorischen Prospekte hätten für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer Angaben civil- und kriminalrechtlich zu haften.

Ueber etwaige Schadenersatzansprüche hätte der Richter nach freiem Ermessen zu entscheiden. Eine Entlassung von der Haftung für dieselben würde vor Ablauf von etwa drei Jahren nicht stattzufinden haben.

- g) Endlich wäre eine Strafbestimmung auch gegen diejenigen außerhalb der vorgeschriebenen Prospekte ergehenden öffentlichen Aufforderungen zur Betheiligung bei Aktienunternehmungen zu richten, welche entweder vor dem Prospekt erlassen oder verbreitet werden (c) oder mittelst Vorspiegelung falscher oder Unterdrückung wahrer Thatfachen irthümliche Vorstellungen über die Grundlagen, den Vermögensstand und die Gewinnaussichten des Unternehmens zu erregen oder zu unterhalten geeignet sind.

Hiergegen ist darauf aufmerksam gemacht, daß der obligatorischen Aufstellung eines Prospekts kein Werth beigelegt werden dürfe, wenn nicht zugleich mit Effect vorgeschrieben werden könne, daß derselbe mehr enthalte, als nach Art. 209 und 209b. Abs. 1 der Gesellschaftsvertrag enthalten muß. Wie ein solcher Prospekt erzwungen werden solle, oder ob etwa die Errichtung der Gesellschaft von einer gewissen Ausführlichkeit des Prospekts abhängig gemacht werden könne, sei nicht einzusehen. Ebenso wenig könne es sich empfehlen, eine strafrechtliche Verantwortlichkeit bestimmter Personen auf etwas anderes zu gründen, als



auf die nach dem allgemeinen Strafrechte entscheidenden Momente, zu denen die freiwillige Uebernahme der Verantwortlichkeit nicht gehöre. Das Verbot, öffentliche Aufforderungen zur Aktienzeichnung vor Bekanntmachung des Prospekts zu erlassen, würde gleichfalls nicht leicht wirksam werden, da es durch Zeitungsnachrichten, welche keine unmittelbare Aufforderung enthalten, allzuleicht umgangen werden könne. Welcher Zusammenhang endlich zwischen der Bekanntmachung des Prospekts und der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister bestehe, sei nicht für alle Fälle zu erkennen, da der Prospekt nur für den Fall der öffentlichen Aufforderung zur Aktienzeichnung bekannt gemacht werden solle und die nach Art. 209 b. zu berufende Generalversammlung nur dann erforderlich sei, wenn der Gesellschaftsvertrag nicht zwischen sämtlichen Aktionären geschlossen sei.

Es sei daher vorzuziehen, die Vorschriften des Art. 209 b. in anderem Sinne weiter zu entwickeln. Nach Abs. 1 desselben seien die hier fraglichen Verabredungen in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen. Es möge sich darüber streiten lassen, welche Folgen für die Verbindlichkeit der Aktienzeichnungen eintreten, wenn derartige Verabredungen getroffen, aber nicht in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen sind und nichtsdestoweniger nach Errichtung der Gesellschaft von dem Vorstande zur Ausführung gebracht werden. Jedenfalls aber scheine der unter Aufnahme der Verabredungen geschlossene Vertrag auch für die Aktienzeichner nicht einer nochmaligen Genehmigung zu bedürfen, wenn nur die Aktienzeichnung wirklich als Beitritt zu dem Vertrage angesehen werden könne. Dies sei nur zulässig, wenn die Genehmigung eine bestimmte Bezugnahme auf den Vertrag enthalte. Ohne diese aber könne auch der Beschluß einer Generalversammlung, deren Befugnisse nur auf dem geschlossenen Vertrage beruhen, die Zustimmung des Zeichners zu dem Vertrage nicht ersetzen, am wenigsten die Zustimmung zu den hier fraglichen außergewöhnlichen Vertragsbestimmungen. Es scheine hiernach zweckentsprechender, statt des im Art. 209 b. erforderlichen

Beschlusses der Generalversammlung zur Gültigkeit der Aktienzeichnung zu verlangen, daß die Zeichenscheine eine Bezugnahme auf den vorher festzustellenden Gesellschaftsvertrag und außerdem wörtlich den Inhalt desselben bezüglich der hier fraglichen Verabredungen enthalten. Diese Art der Sicherung der Aktienzeichner gegen Uebereilung und Verheimlichung verhindere zugleich die vielfach beliebte Trennung des Gesellschaftsvertrages in mehreren Verhandlungen und erstrecke sich in keinem Falle auf diejenigen Aktionäre, welche den Gesellschaftsvertrag mit abgeschlossen hätten und gegenwärtig nach Art. 209 b. dennoch im Stande seien, sich durch Abstimmung in der Generalversammlung von demselben wieder zu befreien. Die Aufnahme der bezüglichen Verabredungen in das Handelsregister und in den bekannt zu machenden Auszug des Vertrages würde sich hieran leicht anschließen.

Selbstverständlich könne auf diesem Wege eine Sicherung nur gegen solche Verabredungen erzielt werden, welche Bedingung des Gesellschaftsvertrages seien. Dagegen werde insbesondere die Uebnahme von Vermögensstücken nach Errichtung der Gesellschaft auf diesem Wege nicht getroffen. In dieser Beziehung würde sich eine Sicherung gegen derartige Uebnahmen nur in Verbindung mit den gegen Beschlüsse der Gesellschaft dem einzelnen Aktionär überhaupt etwa zu gebenden Schutzmitteln finden lassen.

4. Eine Vorsorge könnte noch in den Fällen in Betracht kommen, in denen der Gegenstand eines Aktienunternehmens (Eisenbahnen, Versicherungsunternehmen) einer staatlichen Genehmigung bedarf (Art. 249 a. §. 3 des Handelsgesetzbuchs). Es könnte angemessen erscheinen, die definitive Entscheidung über Ertheilung der Konzession der Zeit nach hinter die Konstituierung der Gesellschaft zu legen oder zu bestimmen,

daß die Statuten solcher Gesellschaften oder die Nachträge zu denselben in das Handelsregister erst eingetragen werden dürfen, nachdem die Zeichenscheine nebst einem Zeugniß der konzessionirenden Verwaltungsbehörde



darüber, daß auf Grund ihrer das Anlagekapital als nachgewiesen angenommen sei, dem Richter vorgelegt worden.

5. Das in dem bestehenden Gesetze begründete Verbot der Ausgabe von Aktien auf den Inhaber vor Einzahlung des ganzen Nominalbetrages ist vielfach beschwerend gefunden. Anzuerkennen ist auch, daß dieses Verbot den Gesellschaften schwer zu überwindende Schwierigkeiten namentlich in dem Falle bereiten kann, wenn bei niedrigem Kursstande der alten Aktien mit einer weiteren Emission vorgegangen werden soll. Indessen die Zulassung der Ausgabe von Aktien unter pari würde nicht nur thatächlich vielfach Täuschungen herbeiführen, sie würde auch absichtlich zu diesem Behuf benutzt werden. Jene Schwierigkeiten können dadurch überwunden werden, daß die neuen Aktien in der Form von Prioritätsaktien ausgegeben werden, welchen der zu vertheilende Gewinn bis zu einem gewissen Grade vorweg zu statten kommt. Die Begünstigung der neuen Aktionäre kann auch, ohne Einräumung einer Priorität, durch Gewährung eines größeren Gewinnantheils für die neuen Aktien bei gleichem Nominalbetrage aller Aktien oder durch Gewährung eines gleichen Gewinnantheils für alle Aktien bei geringerem Nominalbetrage der neuen Aktien erfolgen. Diese letztere Form entspricht der Sache nach genau der Emittirung neuer Aktien unter dem Nominalbetrage; nur ist der den Betrag des Grundkapitals ergebende Emissionskurs fest und ersichtlich. Doch würde vielleicht die Verschiedenheit des Nominalbetrages oder der Berechtigung der neuen Aktien dem Umlaufe derselben hinderlich sein und bei Bestimmung eines geringeren Nominalbetrages die gesetzliche Grenze desselben (Art. 207 a) im Wege stehen. Man würde deshalb etwa, um den Umgehungen des bestehenden Rechts vorzubeugen, für den Fall der Erhöhung des Aktienkapitals gestatten können, daß der entsprechende Betrag des Grundkapitals in eine größere Zahl mit den älteren Aktien gleichberechtigter Aktien zerlegt würde, auf welchen ohne Angabe eines Nominalbetrages nur die Zahl der auf die Erhöhung des Kapitals ausgefertigten





Aktien und deren Gleichberechtigung mit den älteren Aktien anzugeben wäre. Für solche Aktien bedürfte selbstverständlich das Verbot der Ausgabe vor Einzahlung des Nominalbetrages einer Modifikation, welche überdies schon durch die Zulassung anderer als in Geld bestehender Einlagen der Aktionäre (Art. 209 b) erforderlich wird.

6. Der Artikel 210a des Handelsgesetzbuchs erfordert, daß der Anmeldung behufs der Eintragung in das Handelsregister eine Bescheinigung beigegeben werde, wonach mindestens 10 Prozent, bei Versicherungsgesellschaften wenigstens 20 Prozent, des von jedem Aktionär gezeichneten Betrages eingezahlt seien. Diese Kontrolle ist als eine, wenn auch beschränkte Prüfung der Solubilität der Gesellschaft anzusehen, zu welcher der das Handelsregister führende Beamte außer Stande ist; er wird allzuleicht durch nichtsagende Bescheinigungen hintergangen. Im besten Fall findet er, daß die zu gründende Gesellschaft den einzuzahlenden Betrag in den Büchern eines oder mehrerer Bankhäuser hat, wobei dann noch immer fraglich bleibt, ob hiermit dem Gebot der Einzahlung wirklich genüge geschehen ist. Ebenso gewährt der Beschluß der Generalversammlung, durch welchen festgestellt werden soll, daß die vorgeschriebene Einzahlung erfolgt sei (Art. 209 a), nicht eine wirkliche Kontrolle, sondern oft nur den schädlichen Schein einer solchen. Es könnte deshalb richtiger sein, den Vorstand, welcher ohne jene Einzahlung den Geschäftsbetrieb beginnt, oder die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister herbeiführt, verantwortlich zu machen und allenfalls die Eintragung der Gesellschaft in das Register von der bloßen Erklärung, daß die Einzahlung erfolgt sei, abhängig zu machen.

7. Die Vorschriften über den Nachweis der Zeichnung des Grundkapitals zu verschärfen, dürfte insoweit wünschenswert sein, daß im Zusammenhange mit der unbedingten Verhaftung der Zeichner für den einzuzahlenden Betrag die Vorlegung der Zeichenscheine und eines von dem Vorstand unterzeichneten und bei dem Handelsregister verbleibenden Verzeichnisses für erfor-



berlich erklärt wird, welches über Namen, Stand und Wohnort der Zeichner, sowie über die gezeichneten Beträge Auskunft giebt.

II. Nicht mindere Schäden, als sie bei der Gründung von Aktiengesellschaften hervorgetreten sind, hat die Geschäftsführung der Aktiengesellschaften offen gelegt. Ein Hauptgrund liegt theils in der Geschäftsunkenntniß, theils in der Indolenz der Aktionäre, welchen im Wege der Gesetzgebung nicht abgeholfen werden kann. Wohl aber wird darauf hinzuwirken sein, daß jedes einzelne durch das Gesetz vorgesehene Organ der Gesellschaft den Intentionen des Gesetzes gemäß auch faktisch funktioniert, vor allem eines Hinausgehens über die ihm angewiesenen Grenzen seiner Aufgabe und eines Uebergriffs in die Funktionsgebiete der übrigen Organe sich enthält. Die hiermit bereits angedeuteten Vorwürfe treffen in erster Reihe den Aufsichtsrath. Sein Beruf besteht gesetzlich in der Ueberwachung der Geschäftsführung. Thatsächlich aber gestaltet sich das Verhältniß meist dahin, daß entweder die Mitglieder eine über den Bezug der Lantime hinausgehende Thätigkeit überhaupt kaum entwickeln, oder der Aufsichtsrath sowohl dem Vorstande wie der Generalversammlung gegenüber soweit übergreift, daß in seinen Händen der Schwerpunkt der gesammten Leitung des Unternehmens liegt und damit eine der Verwaltung selbständig und unbefangenen gegenüberstehende Kontrolle überhaupt aufhört. Den Aktionären geht vielfach die Möglichkeit ab, berechnigte Interessen zur Geltung zu bringen, wenn einmal Sonderinteressen einzelner zur Herrschaft gelangt sind, und die Beseitigung dieser Mißstände erfordert das Eingreifen der Gesetzgebung.

Das gesetzliche Gebot der Bildung eines Aufsichtsraths bildet für die hierauf bezüglichen Maßregeln den gesetzlichen Vorgang. Der Aufsichtsrath ist bereits als ein nicht ausschließendes Grundrecht der Aktionäre gebildet. Man braucht auf dem damit eingeschlagenen Wege nur fortzugehen, um den Interessen der Aktionäre gegen die ihnen von den eigenen Organen der Gesellschaft drohenden Gefahren zu Hülfe zu kommen.

Von diesen Gesichtspunkten aus kommen folgende Punkte in Betracht.

8. Ueber die civilrechtliche Haftbarkeit der Mitglieder des Aufsichtsraths und des Vorstandes bestimmen die Artikel 225b, 241, 248 des Handelsgesetzbuchs. Daneben ist eine Haftung gegen die Gesellschaft aus der vertragsähnlichen oder wirklich vertragsmäßigen Uebernahme ihrer Pflichten herzuleiten. Gleichwohl wird eine Prüfung nicht auszuschließen sein, ob und in welcher Weise etwa diese Haftbarkeit, sei es der Gesellschaft, sei es Dritten gegenüber — auch für den Fall einer nur kulposen Verletzung — auszudehnen sein möchte; namentlich möchte sich eine Bestimmung empfehlen, wonach der Richter auch hier nach freiem Ermessen über etwaige Schadenersatzansprüche zu entscheiden hat.

9. Was die strafrechtliche Haftung anlangt, so regelt sich dieselbe zur Zeit für die Mitglieder des Aufsichtsraths nach Artikel 249, für die des Vorstandes nach eben diesem und dem folgenden Artikel des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs. Auch diese Bestimmungen scheinen nicht weit genug zu gehen. Sie werden auszudehnen sein auf alle Fälle einer das öffentliche Interesse berührenden Gesetzesverletzung. Nur beispielsweise ist in dieser Beziehung an das Verbot des Erwerbes und der Amortisation eigener Aktien zu erinnern (allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch Artikel 215). Dasselbe wird zur Zeit als ein *lex imperfecta* angesehen werden müssen.

10. Bei den seit dem Gesetze von 1870 gebildeten Aktiengesellschaften hat sich der Aufsichtsrath vielfach als Verwaltungsrath gestaltet, welcher einerseits den Vorstand in seiner Aktion beschränkt und andererseits wichtige Funktionen der Generalversammlung an sich zieht. Bei der Verathung des Gesetzes von 1870 waren die Anschauungen über die Bedeutung des Aufsichtsraths nicht völlig klar gewesen. Schon damals aber wurde der Aufsichtsrath vielfach als Verwaltungsrath aufgefaßt. Der Aufsichtsrath bestand schon vor dem Gesetze von 1870 bei



den Kommanditgesellschaften auf Aktien. Bei diesen beruhte er auf dem Gedanken, daß der persönlich haftende Gesellschafter, welcher ein selbständiger Theil der Gesellschaft ist, sich eine fortwauernde Aufsicht gefallen lassen muß. Ist nun auch bei der Aktiengesellschaft keineswegs derselbe Gedanke zu Grunde zu legen, da der Vorstand ebenso wie der Aufsichtsrath nur Organ der Gesellschaft ist, so bleibt doch immer dies, daß neben dem Vorstände ein Aufsichtsorgan bestehen soll.

Von diesen Betrachtungen ausgehend, ist in Erwägung gekommen, ob nicht der Gedanke des Gesetzes, nach welchem die Bildung des Aufsichtsraths obligatorisch ist, nur dann zur Ausführung gelange, wenn letzterer von der Verwaltung gänzlich ausgeschlossen werde, so daß der Vorstand frei von der Zustimmung des Aufsichtsraths zu handeln befugt sei, und wenn er in gewissen Fällen nicht mit der im allgemeinen gestatteten Selbständigkeit handeln soll, ihm für diese Fälle andere Personen, etwa ein Verwaltungsrath beigegeben werden müsse. Eine fortlaufende Kenntnissnahme von der Verwaltung bilde zwar eine erhebliche Erleichterung gehöriger Aufsicht, diese Kenntnissnahme schlage aber allzuleicht in eine wirkliche Theilnahme an der Verwaltung in der Art um, daß der Vorstand an die Zustimmung des Aufsichtsraths sich binde oder gebunden werde. Unter dieser Voraussetzung werde aber die vom Gesetz gewollte Aufsicht aufgegeben.

Von der anderen Seite wird auf den schon angedeuteten Gesichtspunkt Gewicht gelegt, daß namentlich bei größeren Unternehmungen und komplizirten Verwaltungen eine vollkommen erschöpfende und zuverlässige Revision kaum möglich sei, ohne daß der Revisor mehr oder minder leitende Föhlung mit der Verwaltung behalte. Auch wird darauf hingewiesen, daß dem zunächst zur Verwaltung berufenen Vorstände mit Rücksicht auf die Schwerefälligkeit der Aktion der Generalversammlung nicht die letztere allein ohne jede Zwischenstelle gegenübergestellt sein dürfe — eine Erwägung, die event. wiederum auf die Einschlebung eines dritten Organs hinföhren könnte.

Eins möchte unbedingt unterfagt werden können und müssen — das ist: die Delegation von Aufsichtsrathsmitgliedern in den Vorstand. Es kommt vor, daß auf diesem Wege der Vorstand als selbständiges Organ geradezu verschwindet und der Aufsichtsrath schließlich nur noch seine eigene Verwaltung „überwacht“, daß — mit anderen Worten — der „Aufsichtsrath“ allen Intentionen und der ganzen Anlage des Gesetzes zuwider, sich schließlich zu einem förmlichen „Verwaltungsrath“ gestaltet.

11. Es gilt ferner, die Stellung der Gesellschaftsorgane, namentlich des Aufsichtsraths gegenüber der Generalversammlung, thunlichst an die im Gesetze beabsichtigten Grenzen zu binden. Die Uebertragung von Rechten der Generalversammlung an die Gesellschaftsorgane ist als eines der Mittel üblich geworden, um unberechtigte Sonderinteressen dauernd zur Herrschaft in der Gesellschaft zu bringen. Sie hat dem Handelsgesetzbuche von vornherein durchaus fern gelegen. Diese Uebertragung ist es vorzugsweise, welche das nur zur Aufsicht bestellte Organ unwillkürlich zur Theilnahme an der Verwaltung treibt, indem der Vorstand in dem Widerspruche des Aufsichtsraths den Widerspruch der Generalversammlung, und noch mehr in der Zustimmung des Aufsichtsraths zu einzelnen Verwaltungsakten die Zustimmung der Generalversammlung zu finden glaubt und sich selbst durch Gehorsam gegen die „Beschlüsse“ des Aufsichtsraths zu decken sucht. Werden die Gesellschaftsorgane auf die in ihren gesetzlichen Funktionen begründeten Schranken zurückgewiesen, so läßt sich wenigstens einiger Erfolg auch nach der Seite hin hoffen, daß die Generalversammlungen aus ihrer bisherigen Bedeutungslosigkeit heraustreten. Letztere ist von den schwersten Unzuträglichkeiten begleitet gewesen, während es der Gesetzgebung an der Möglichkeit fehlt, hiergegen mit entschieden durchgreifenden direkten Mitteln einzuschreiten.

Es wird hiernach die Entscheidung in gewissen Fragen unter allen Umständen in den Händen der Generalversammlung zu belassen sein, so daß dieselbe weder durch Statut noch durch besonderen Beschluß anderen Organen übertragen werden darf. Zweifel bestehen, nach welcher Richtung hin diese Fragen des



näheren zu bestimmen sind. Es können namentlich die für die finanziellen Schicksale des Unternehmens besonders wichtigen Punkte bezeichnet werden; vor allem die Erhöhung des Grundkapitals, die Bestimmung des dabei einzuhaltenen Emissionskurses und die Aufnahme von Anleihen — in zweiter Linie etwa noch die Dispositionen über den Reservefonds und die Fixirung der den Vorstandsmitgliedern und den Gesellschaftsbeamten zuzubilligenden Lantieme. Man kann andererseits die Grenze nicht sowohl in der größeren oder geringeren Wichtigkeit, sondern in der Natur des Gegenstandes finden: ob derselbe unter die Vertretung der Gesellschaft nach außen oder zu den inneren Angelegenheiten derselben gehört. Zu diesen inneren Angelegenheiten wären dann die Verfassung der Gesellschaft und das Rechtsverhältniß der Gesellschaftsorgane zu rechnen. Durch eine dementsprechende Bestimmung würde nicht blos bei der Errichtung der Gesellschaft ein Damm gegen ungünstige Vertragsschlüsse aufgerichtet, sondern insbesondere auch ein Schutz gegen Aenderungen des Statuts gewährt, dessen insbesondere ältere Gesellschaften um so mehr bedürfen, als den Minoritäten derselben der in dem Erforderniß landesherrlicher Genehmigung liegende Schutz ohne jedes Aequivalent verloren gegangen ist.

12. Im übrigen wird, um die Stellung der Generalversammlung zu heben, nur noch dahin Vorkehrung getroffen werden können, daß der in der Generalversammlung vertretene Mehrheitswille nicht gefälscht, daß er ferner ausreichend formell konstatirt und endlich für alle Betheiligten jederzeit leicht erkennbar gemacht werde. Die beiden letzteren Punkte hängen zum Theil mit denjenigen Vorschlägen zusammen, welche demnächst in Beziehung auf die Erweiterung der Individualrechte der Aktionäre in Betracht gezogen werden sollen. Besonders von diesen Gesichtspunkten aus scheint es wünschenswerth, daß die Beurkundung der Beschlüsse der Generalversammlung in gerichtlicher oder notarieller Form erfolge und die Veröffentlichung der Protokolle — sei es auch nur mittelst Niederlegung derselben bei dem Handelsrichter und Zulassung der Einsicht seitens jedes Betheiligten — als Regel vorgeschrieben werde.

13. Gegen die Fälschung des Mehrheitswillens dürfte nach den Vorgängen des neuesten belgischen (Art. 131) und des französischen Gesetzes von 1867 (Art. 13, 45) der Erlass einer Strafbestimmung sich empfehlen, welche verhindert, daß, wenn die Stimmenzahl des einzelnen Aktionärs beschränkt oder das Stimmrecht desselben ausgeschlossen ist, nicht durch Vertheilung oder Uebertragung seines Aktienbesitzes die Vorschriften des Statuts oder des Gesetzes umgangen werden; die in den §§. 271, 272 des Strafgesetzbuchs dieserhalb bereits enthaltenen Bestimmungen erscheinen nicht für alle Fälle ausreichend. Dagegen dürfte in dem bestehenden Rechte bereits begründet sein, daß ein in solcher Weise zu Stande gekommener Generalversammlungsbeschluß civilrechtlich unverbindlich ist.

14. Ferner möchte sich eine Bestimmung des Inhalts empfehlen, daß etwa 14 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung jedem Aktionär — wenn auch nur auf Verlangen — die Inventur und die Bilanz nebst etwaigen Revisionsbericht zugänglich gemacht werden müssen (französisches Gesetz von 1867 Art. 35). Erfolgt die Mittheilung dieser Vorlagen erst in der Generalversammlung selbst, so ist es in den seltensten Fällen den Aktionären möglich, daraus alsbald die Grundlagen für ein sicheres Urtheil zu gewinnen. Diesem Mangel an Information und an Gelegenheit dazu wird um so mehr vorgebeugt werden müssen, als denselben die übrigen Gesellschaftsorgane nur zu oft zur Geltendmachung ihrer Sonderinteressen auf Kosten der Gesamtheit ausbeuten.

15. Endlich ist noch ein auf die Zusammenberufung der Generalversammlung bezüglicher Vorschlag dahin empfohlen, daß eine gewisse Quote der Aktionäre für berechtigt erklärt wird, eine solche Berufung durch den Richter zu veranlassen, sei es, daß dieser zu der Berufung ermächtigen oder die Organe der Gesellschaft zu derselben nöthigen soll. Es würde hierdurch der Fall betroffen werden, daß die zu der Berufung zunächst berechtigten oder verpflichteten Gesellschaftsorgane einem bezüglichen gesetz- oder statutenmäßigen Antrage überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig Folge geben. Durch die in der Praxis hervorge-



tretenen Beherrschung der Aktiengesellschaften durch Koterieen, welche sich der Organe der Gesellschaft bemächtigt haben, ist auch die Ausfüllung dieser Lücke des Gesetzes genügend gerechtfertigt. Nur als eine Ergänzung dieser Maßregel würde sodann die Wahl des Vorsitzenden jeder Generalversammlung durch diese unter Leitung desjenigen, welcher die Versammlung berufen hat, zu betrachten sein.

III. Der letzte zu erwähnende Gegenstand betrifft die Individualrechte der Aktionäre. Das allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch gewährt in dieser Beziehung nur ein Minimum, und die Rechtsprechung geht in Uebereinstimmung mit der Theorie, obgleich die Meinungen getheilt sind, doch im allgemeinen nicht erheblich weiter zu gunsten der einzelnen Aktionäre. Vom juristischen Standpunkt aus läßt es sich vertheidigen, daß nach außen zwar neben den Rechten der Gesellschaft Individualrechte überhaupt nicht existiren, im Innern der Gesellschaft aber, insbesondere in dem Verhältnisse zu den Organen der Gesellschaft, jeder Aktionär für sich allein und ohne Rücksicht auf den Willen der Gesamtheit, die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit aller Akte der Gesellschaft in Frage ziehen kann. Es scheint jedoch klar, daß diese äußerste Konsequenz, wenn sie auch für die in ihren Rechtsverhältnissen ähnlichen Gewerkschaften zugelassen ist (§. 115 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865), mindestens für die handeltreibenden Aktiengesellschaften die denselben nöthige Kraft der Aktion aufs äußerste gefährden würde. Die Aussicht des Einzelnen auf eine schließliche Geltendmachung seiner Sonderrechte könnte auch leicht zu fernerer Abschwächung der ohnehin viel zu geringen Neigung, den in erster Reihe sich darbietenden Weg einer Anrufung der Generalversammlung zu betreten, führen.

Demungeachtet wird nach einigen Richtungen hin eine Erweiterung der Individualrechte befürwortet werden können. Der innere Grund der Beschränkung scheint nämlich da aufzuhören und muß folgeweise auch die Beschränkung selbst ihre Grenze finden, wo die Gemeinschaft nur als Mittel zu einem materiellen

Eingriff in solche Rechte des Einzelnen benutzt wird, welche das Band der Gemeinschaft überhaupt nicht berührt oder umfaßt.

16. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte den einzelnen Aktionären das Recht zugestanden werden können, in allen Fällen der Verletzung gesellschaftlicher oder statutarischer Bestimmungen, Ersatzansprüche wegen des ihnen aus vertretbarer Verschuldung der Gesellschaftsorgane erwachsenen Schadens gegen diese — wenn auch erst nach vergeblich erfolgter Anrufung der Generalversammlung oder unter gewissen sonstigen formellen Beschränkungen — selbständig geltend zu machen.

17. Zur Ausgleicheung zwischen dem formalen Gesichtspunkt der Personeneinheit und der Rücksicht auf das materielle Interesse des Einzelnen erscheint es ferner zulässig, daß auch für diejenigen Fälle, in denen eine Verletzung des Gesetzes oder Statuts zwar noch nicht positiv behauptet werden kann, doch aber nach Lage der Umstände als wahrscheinlich anzusehen ist, ein Individualrecht auf nähere Feststellung des Thatbestandes statuiert werde. Ähnliche Bestimmungen finden sich bereits in mehreren ausländischen Gesetzgebungen — u. a. in der englischen (Comp. Act von 1862 Sect. 56 ff.) und in der belgischen (Gesetz vom 28. Mai 1873 Art. 124). Ob und inwieweit es geeignet sein würde, hierfür die Mitwirkung des Gerichts in Anspruch zu nehmen, steht nicht außer Zweifel. Eventuell würde im Anschluß an diese erwähnten Vorgänge das Verfahren etwa in der Art zu regeln sein, daß der Antrag von einem,  $\frac{1}{5}$  des Grundkapitals vertretenden Theile der Aktionäre zu stellen und durch nähere Angabe event. auch Bescheinigung derjenigen Thatfachen, auf welchen die Annahme der Verletzung des Gesetzes oder Statuts beruht, zu begründen wäre, daß demnächst unter Mitwirkung der Majorität und Minorität der Aktionäre das Gericht nach summarischer Prüfung und vorläufiger Anhörung des Vorstandes über die Einleitung der Untersuchung zu beschließen, im Falle der Einleitung Richtung und Ziel der Untersuchung zu bezeichnen und einen Kommissar mit der Ausführung zu beauftragen hätte, daß endlich nach Abschluß der Untersuchung von dem Kommissar über das Ergebnis Bericht zu



erlassen und dieser, soweit das Gericht ihn dazu geeignet findet, öffentlich auszulegen wäre.

18. Auch nach einer anderen Seite hat die Berücksichtigung der Aktionäre als einzelne Personen im Gegensatz zu der Gesellschaft im Handelsgesetzbuch nur eine gelegentliche Beachtung gefunden. Die Beschlüsse der Gesellschaft sind nicht Beschlüsse der Aktionäre, sondern der Gesellschaft, kommen aber durch die Mitwirkung der Aktionäre zu Stande. Wenn hiernach formell eine solche Personenverschiedenheit zwischen der Gesellschaft und den Aktionären besteht, daß die Gesellschaft auf Grund eines von den Aktionären gefaßten Beschlusses mit den einzelnen Aktionären kontrahiren kann, sofern es nur gelingt, andere physische Personen als Vorstand der Gesellschaft hinzustellen, so ist doch nicht zu verkennen, daß es nichts weiter als ein grobes Mittel widerrechtlicher Benachtheiligung der Gesellschaft ist, wenn einzelne Aktionäre ihr Stimmrecht benutzen, um sich selbst Sondervorteile zu verschaffen. Das Handelsgesetzbuch schließt die Betheiligten nur im Falle des Art. 209b von der Beschlußfassung aus und befördert hierdurch die Annahme, daß im übrigen der Mißbrauch des Stimmrechts zu eigenem Vortheil erlaubt sei. Es könnte hiernach für wünschenswerth erachtet werden, allgemein festzustellen, daß kein Aktionär in der Generalversammlung oder im Vorstande der Gesellschaft durch Theilnahme an der Abstimmung zur Dechargeleistung für seine eigene Verwaltung oder zu Statutänderungen, welche ihm einen besonderen Vortheil gewähren, oder zu dem Abschlusse eines Vertrages mitwirken darf, bei welchem er selbst als Mitkontrahent oder durch Theilnahme an den Vortheilen eines Mitkontrahenten außer der Gesellschaft selbst betheiligt ist, und daß ein Zuwiderhandeln gegen diese Vorschrift, abgesehen von den Strafvorschriften gegen das Vorschieben anderer Personen zur Stimmabgabe und von der Anfechtbarkeit des gefaßten Beschlusses für allen daraus entstehenden Schaden verantwortlich, vielleicht auch strafbar macht.

IV. Zu berühren ist schließlich die Frage, inwieweit durch die Gesetzgebung in die Rechtsverhältnisse bereits bestehender

Aktiengesellschaften eingegriffen werden kann. Als Grundsatz wird festzuhalten sein, daß die Rechtsverhältnisse jeder bestehenden Gesellschaft eine vertragsmäßige Grundlage haben und daß, soweit diese in Frage kommt, die Gesetzgebung nicht eingreifen soll. Ebenso wird aber anzunehmen sein, daß die Gewährung der Mittel zur Geltendmachung bestehender Rechte diese vertragsmäßige Grundlage nicht berührt und daß der gesetzliche Ausschluß des Mißbrauchs gesetzlicher Rechte als bloße Deklaration des Gesetzes zugelassen werden kann. Inwieweit hiernach die einzelnen zur Erörterung gezogenen Vorschläge auch auf bestehende Aktiengesellschaften anzuwenden sind, wird bei einem jeden derselben besonders zu erwägen sein.

---



Carl Heymann's Verlag in Berlin W.  
Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

## Die Justizgesetzgebung des Deutschen Reichs

enthaltend

Das Gerichtsverfassungsgesetz,  
Die Civilprozeß-Ordnung,

Die Strafprozeß-Ordnung,  
Die Konkurs-Ordnung.

Kommentirt

von

Dr. von Sarwey,  
Königl. Württembergischer Staatsrath.

und

G. Thilo,  
Königl. Preuss. Kreisgerichtsdirektor.

Groß Oktav in 10—12 Lieferungen (4 Bände) von 5—6 Bogen.

Subscriptionspreis pro Lieferung Mk. 1,20.

Nach Erscheinen tritt ein bedeutend erhöhter Ladenpreis ein.

Die Bearbeiter des obigen Kommentars haben als Mitglieder des Reichstages an der Vorberathung der Gesetze in den Reichstags-Kommissionen thätigen Antheil genommen.

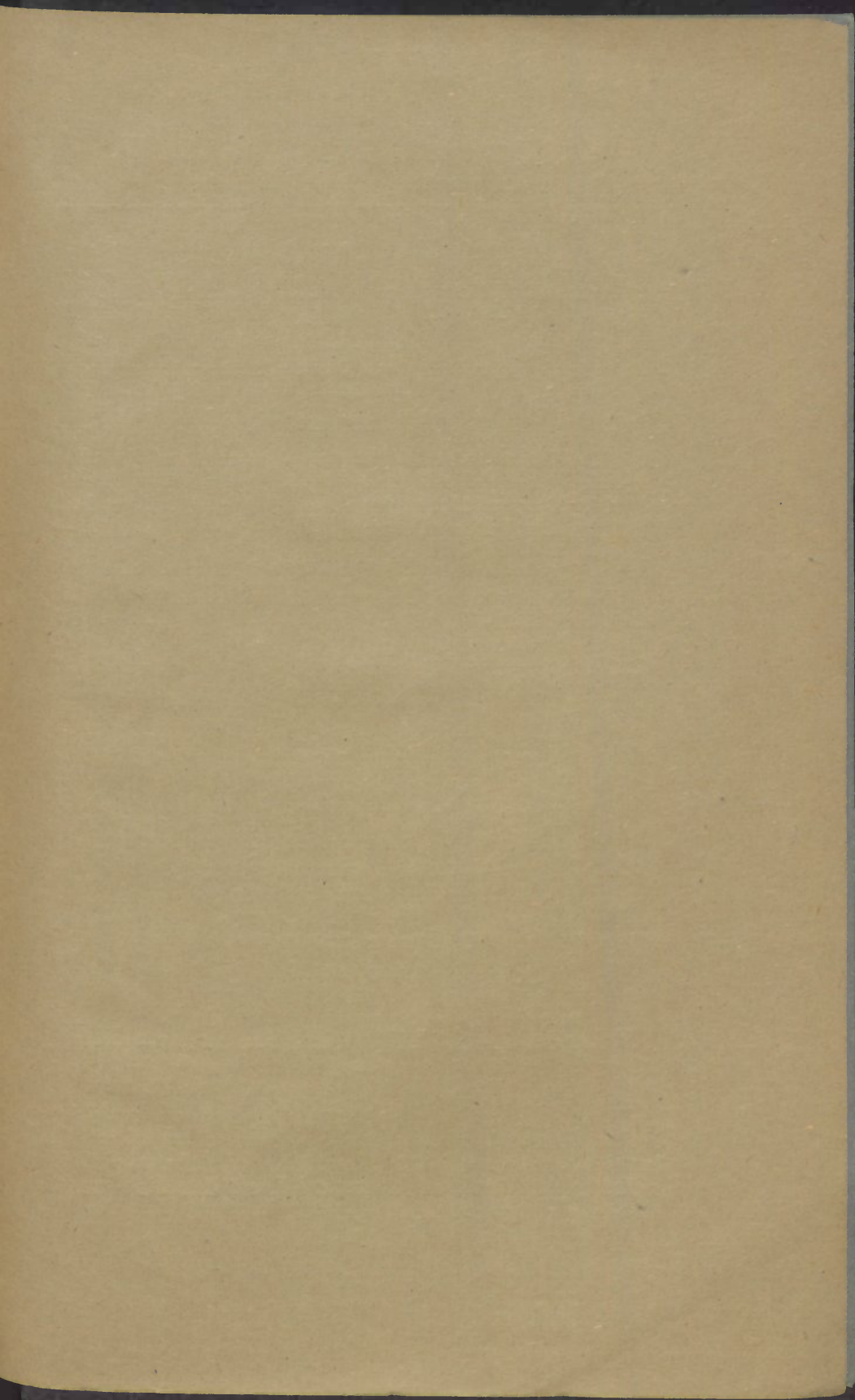
Der Kommentar der Justizgesetzgebung des Deutschen Reichs von von Sarwey und Thilo soll in möglichster Kürze das vorhandene Auslegungsmaterial für die Rechtsanwendung leicht zugänglich machen und ein praktisches Hilfsbuch für die Anwendung der Gesetze sein.

Er wird daher Erörterungen der legislativen Politik ebenso wie Ausführungen von ausschließlich rechtsgeschichtlichem Werth vermeiden. Auf die Entstehungsgeschichte der einzelnen Bestimmungen wird nur insoweit, als dies für die Auslegung des Gesetzes wesentlich erscheint, eingegangen, und ebenso eine Vergleichung mit den bis zur Erlassung der Reichsjustizgesetze bestandenen landesgesetzlichen Einrichtungen und Prozeßnormen ausnahmsweise und soweit dies die Rechtsanwendung wesentlich zu erleichtern geeignet ist, aufgenommen werden, um nicht durch einen zu großen Umfang des Werkes die Anschaffung desselben zu erschweren.

Als leitenden Gesichtspunkt haben sich die Verfasser die Aufgabe gestellt, den wirklichen Sinn des Gesetzes, die wirkliche Absicht des Gesetzgebers und die Konsequenzen für die Rechtsanwendung in den Erläuterungen zu entwickeln und festzustellen. Die Verfasser werden nach Erlass der Ausführungsgesetze und Ausführungsverordnungen der Einzelstaaten dieselben dem Kommentar folgen lassen.

Derselbe wird vor Ablauf der Einführungsfrist zum Abschluß gebracht sein. Die Ausstattung des Werkes ist elegant, das Format in Groß-Oktav repräsentirt den Umfang von zwei Bogen im gewöhnlichen Format.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.





Carl Heymann's Verlag in Berlin W.  
Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

Die  
**Justizgesetze des Deutschen Reichs.**

Gebundene Text-Ausgabe in Octav. 32 Bogen Umfang.

A. Gesamtausgabe.

- |   |   |   |  |
|---|---|---|--|
| 1) Die Civilprozeß-Ordnung mit Sachregister | = | = | } in einem<br>Bande<br>geb. Preis<br>M. 3. — |
| 2) Die Gerichts-Verfassung                  | = | = |  |
| 3) Die Konkurs-Ordnung                      | = | = |  |
| 4) Die Strafprozeß-Ordnung                  | = | = |  |

B. Einzelausgabe.

- |   |            |         |
|---|------------|---------|
| I. Die Civilprozeß-Ordnung mit Sachregister | geb. Preis | M. 1.50 |
| II. Die Gerichts-Verfassung                 | =          | = 0.60  |
| III. Die Konkurs-Ordnung                    | =          | = 0.60  |
| IV. Die Strafprozeß-Ordnung                 | =          | = 1.20  |

**Die Justizgesetzgebung  
des  
Deutschen Reichs.**

- I. Das Gerichtsverfassungsgesetz.
- II. Die Civilprozeßordnung.
- III. Die Strafprozeßordnung.
- IV. Die Konkursordnung.

Kommentirt

von

von Sarwey,

und

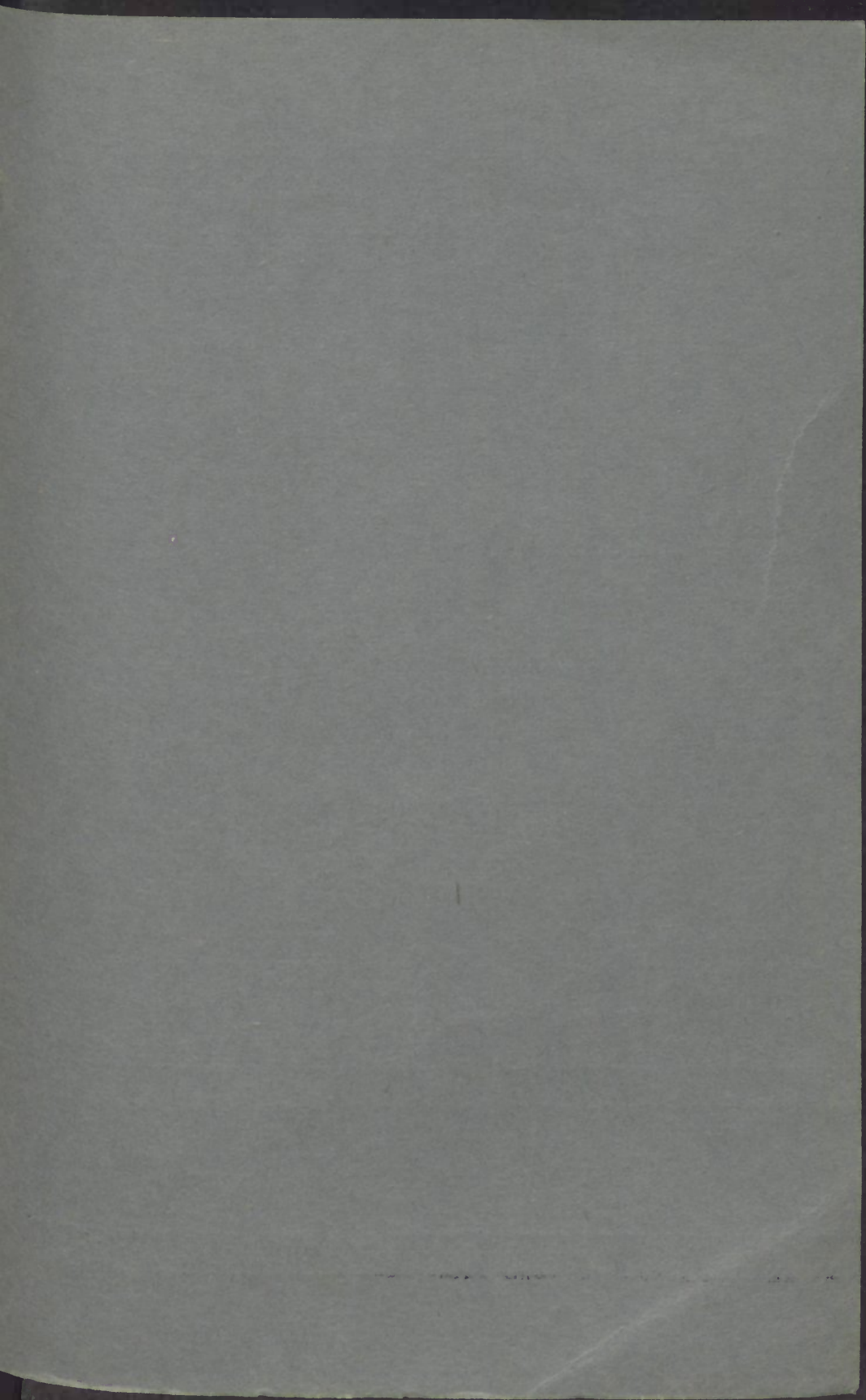
G. Thilo,

Königl. Württembergischer Staatsrath.

Königl. Preuss. Kreisgerichts-Direktor.

Vier Abtheilungen in zusammen 10—12 Lieferungen von je 5—6 Bogen  
gr. 8. in eleganter Ausstattung. Preis pro Lieferung M. 1,20.

Der Kommentar der Justizgesetzgebung soll ein praktisches  
Hülfsbuch für die Anwendung der Gesetze sein und gleichzeitig  
der Wissenschaft und der Praxis dienen. Lieferung 1. ist  
erschienen. Die Fortsetzung in kurzen Pausen. Die Einführungs-  
gesetze folgen nach Erlass.







206\$02596792